Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Morgen-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 20 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Abend-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 40 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 1 ℳ, Familiennachrichten und Anzeigen verlorener Gegenstände (6gespalten) 20 ₰. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

№ 374. Mittwoch den 11. November 1891. 85. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Vogel'sches Familienstipendium.

Das von verstorbenen hiesigen Kaufmann Herrn **Johann Karl Vogel** gestiftete Stipendium ist anderweit zunächst an Verwandte desselben, welche eine Universität, Kunstakademie oder irgend eine höhere gewerbliche Schule besuchen, christlichen Glaubens sind und gute Censuren aus den letzten beiden Jahren ihres Studiums (mindestens die II. Censur) aufweisen, im Falle sich solche aber nicht melden sollten, auch an andere Bewerber zu vergeben, welche außer den genannten Erfordernissen noch ihre Bedürftigkeit und Unbescholtenheit nachzuweisen haben.

Bewerbungen sind unter Beifügung der vorgeschriebenen Zeugnisse bis zum 10. December dieses Jahres schriftlich bei uns anzubringen.

Leipzig, den 4. November 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 5041. Dr. Georgi. Aff. Lampe.

In Gemäßheit des §. 1 der Vorschriften für die Ausführung von Anlagen zur Benutzung der Stadtwasserkunst vom 6. Februar 1888 machen wir hierdurch bekannt, daß der Klempnermeister
Herr **Moritz Wolle**,
L.-Connewitz, Leipziger Straße Nr. 24,
zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 10. November 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
X. 7806. Dr. Georgi. Wolfrum.

Bekanntmachung.

Hierdurch machen wir öffentlich bekannt, daß wir die Leuzscher Straße im Ortstheile Leipzig-Lindenau nunmehr auch auf die Strecke von der Kreuzung mit der Schillerstraße bis zur Kreuzung mit der Georgenstraße und von da bis zur Kreuzung mit der Tauchnitzstraße in Eigenthum und Verwaltung der Stadtgemeinde übernommen haben.

Leipzig, den 4. November 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ic. 5858. Dr. Georgi. Dr. Heblich.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit vom 2. bis 8. November 1891 im Regenbrenner bei 2,5 Millimeter Druck und 150 Litern stündlichem Consum das 18,9fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0,451.

Leipzig, am 9. November 1891.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Die Rede Rudini's.

Aus den Erklärungen, welche Rudini im Scalatheater in Mailand abgegeben hat, tritt ein Ausspruch als besonders beruhigend und wohlthuend hervor, daß sich die Monarchen des Dreibundes der größten Mäßigung und Klugheit befleißigen, daß jeder von ihnen vom Gefühle der schweren Verantwortung durchdrungen sei, die der freventliche Störer des Friedens auf sich laden würde. Dieser Ausspruch enthält zugleich einen Vorwurf nach der Seite, welche den Zustand der Spannung verschuldet. Wenn die Vertreter des Friedensgedankens zu besonderer Klugheit und Mäßigung genöthigt sind, um den Ausbruch des Krieges zu verhindern, so ist auf der anderen Seite das Streben vorhanden, jeden kleinen Fehler der Friedensfreunde zur Friedensstörung auszubeuten. Das ist ein Zustand, der bei aller Mäßigung auf die Dauer unerträglich werden kann. Die Mächte des Dreibundes, vor allen Deutschland, haben angesichts der leidenschaftlichen Freundschafts-Aeußerungen zwischen Rußland und Frankreich, welche seit den Kronstädter Festen noch keine Unterbrechung erfahren haben, allerdings großer Klugheit und Mäßigung bedurft, um ihre Ruhe und Besonnenheit zu bewahren. Es ist nur aus diesem Streben zu erklären, daß der neue Bund zwischen Rußland und Frankreich als das Mittel aufgefaßt worden ist, das europäische Gleichgewicht zu erhalten. Wie es mit diesem Gleichgewicht beschaffen ist, hat der Vorgang in Bussang gezeigt, wo Jules Ferry den nach Osten führenden Tunnel die Pforte Elsaß-Lothringens nannte. Auch die Verherrlichung der Armee, welche Frankreich das Selbstbestimmungsrecht zurückgegeben habe, dient als eine leicht verständliche Beleuchtung dazu, in welchem Sinne die Bestrebungen Frankreichs zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichts aufzufassen sind.

In Rußland nimmt man noch weniger Rücksicht auf die Beobachtung der internationalen Höflichkeitsformen, die zweimalige Anwesenheit des Zaren in Deutschland hat diese Rücksicht sehr fühlbar vermissen lassen, um so mehr, als dadurch dem Berliner Hofe die Theilnahme an dem Feste der silbernen Hochzeit des russischen Kaiserpaares sehr erschwert worden ist. Ein solches Familienfest kann von den nächsten Verwandten nicht gut unbeachtet gelassen werden, selbst wenn von der andern Seite offenbare Rücksichtslosigkeiten begangen worden sind. Rudini hat die Begegnung mit dem Minister v. Giers in Mailand und dessen Besuch in Monza bei König Humbert ein Ereigniß genannt, welches die öffentliche Meinung mit dem Gefühle friedlicher Sicherheit erfüllt habe. Es ist wohl kaum absichtslos geschehen, daß Rudini unmittelbar zuvor des herzlichen Empfanges gedachte, welchen der italienische Kronprinz in London gefunden hat, um dadurch die Beziehungen Italiens zu England in das rechte Licht zu setzen. Und doch scheinen diese beiden Vorgänge im Vergleich mit ihrer Wichtigkeit viel zu oberflächlich behandelt. Gerade das Verhältniß der Mächte des Dreibundes zu England bildet den Angelpunct der internationalen Lage. Die Interessen Englands und Rußlands stehen mit einander im Gegensatz nicht nur in Europa, sondern auch in Asien und Afrika.

Rudini hat dieser Thatsache dadurch Anerkennung gezollt, daß er die Erhaltung des bestehenden Zustandes im Mittelmeer als die Hauptaufgabe Italiens erklärt hat. Nun, dieser Zustand wird sofort wesentlich verändert, wenn England Egypten räumt, er wird verändert, wenn Rußland Konstantinopel besetzt, er wird verändert, wenn Frankreich seinem Besitze in Nordafrika einen Theil Marokkos hinzufügt, wozu es gegenwärtig die Vorbereitungen zu treffen scheint. Rudini hat von den Schatten gesprochen, von welchen die Beziehungen Italiens zu Frankreich getrübt worden, und hat auch die Hoffnung ausgedrückt, daß diese Schatten seit der Feier in Nizza zu schwinden scheinen. Das verräth eine sehr günstige Auffassung der internationalen Lage, denn der Eindruck der Feier in Nizza ist durch die Beisetzung der Manen Victor Emanuel's im Pantheon mehr als ausgeglichen worden, und selbst die Huldigungen, welche Frankreich von den italienischen Abgeordneten auf der Friedensconferenz bereitet worden sind, können daran nichts ändern.

Die Rede Rudini's war sehr geschickt, aber sie hat darüber nicht hinwegtäuschen können, daß die internationale Lage ernster ist als je, und daß Italien durch Worte seine unzureichenden Leistungen für die Zwecke des Dreibundes zu verdecken bestrebt ist. Der italienische Ministerpräsident sagte zur Einleitung seiner Bemerkungen über die auswärtige Politik Italiens: Wir sind Dank unserem starken Heere, der mächtigen Flotte und der treuen Unterstützung der Bundesgenossen gegen jeden Anschlag geschützt. Es fragt sich aber, auf welchen dieser drei Factoren der Nachdruck zu legen ist. Die italienische Flotte hat in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht, und aus dieser Bevorzugung der Marine vor dem Landheere ist zu erkennen, wie sehr Italien seine Mittelmeer-Interessen am Herzen liegen, aber ein großer und leider maßgebender Theil der italienischen Volksvertretung hat dafür gesorgt, daß die Aufwendungen für das Landheer auf das äußerste Maß eingeschränkt werden. Rudini sah sich sogar zu dem Zugeständniß genöthigt, daß Italien durch die Erneuerung der Bündnißverträge in den Stand gesetzt sei, eine Politik ernster Sammlung zu befolgen, welche den Kriegsausgaben ein Ziel zu setzen, diese sogar zu beschränken gestatte. Rudini glaubt also Italien auf Kosten der Kriegsleistungen seiner Bundesgenossen von Ausgaben für Kriegszwecke entlasten zu können.

Wir hegen die größte Sympathie für unsere italienischen Bundesgenossen und halten das Bündniß mit Italien für eine unerläßliche Nothwendigkeit zur Bewahrung des europäischen Friedens, aber wir haben uns mit der Auffassung Italiens niemals befreunden können, daß die deutsche Heeresmacht dazu da sei, der Unlust der italienischen Steuerzahler, zur gemeinsamen Kriegslast den auf sie fallenden Antheil beizutragen, als Rückhalt zu dienen. Gleiche Rechte, gleiche Pflichten, das ist von jeher das festeste Band für alle Verträge gewesen und muß auch die Richtschnur für internationale Verträge bilden. Wir wissen sehr wohl, daß dem guten Willen der italienischen Regierung durch die eigenthümlichen Verhältnisse in Italien Grenzen gezogen sind, daß wir nicht den Maßstab anlegen können, den wir für Deutschland als richtig anerkennen, aber wir dürfen nicht die Meinung aufkommen lassen, daß wir jeder Zeit in die Lücken einzutreten bereit sind, welche die italienische Finanzpolitik in die Reihen des Heeres reißt.

Wenn, was Gott verhüten wolle, die große Abrechnung in Europa beginnt, welche Frankreich und Rußland für nöthig halten, um das gestörte Gleichgewicht auf unserem Erdtheil wieder herzustellen, dann ist Italien einem Angriff von Seiten Frankreichs zu Lande ebenso ausgesetzt wie zur See, und wenn dann Italien nicht über die nöthige Truppenzahl verfügt, um sich solchen Angriffen erwehren zu können, dann ist das Deutsche Reich nicht in der Lage, von seinen gegen Frankreich und Rußland nöthigen Truppen etwas an Italien abzugeben. Die Bundesleistung liegt darin, daß die Hauptstreitkraft Frankreichs durch den Kampf gegen Deutschland in Anspruch genommen ist. Deutschland kann von Italien niemals erwarten, daß es ihm mit seinen Truppen zu Hilfe kommt, um sich eines Angriffs zu erwehren, wir begnügen uns auch vollständig damit, daß Italien einen Theil des französischen Heeres und der französischen Flotte beschäftigt.

Wir hoffen mit Rudini, daß der Friede erhalten bleibt, aber der Ton, welcher seine ganze Rede durchzieht, ist wenig dazu geeignet, die Friedenszuversicht zu erhöhen. Es ist immer ein schlimmes Zeichen für die Sicherheit des Friedens, wenn die Friedensfreunde allzu eifrig an der Arbeit sind, um für den Friedensgedanken Anhänger zu werben. Mächtige Friedensfeinde lachen über solche Bestrebungen.

Leipzig, 11. November.

* Der „Reichsanzeiger" erklärt auf Grund des Zahlenmaterials, daß von 10 000 Stück von dem Bochumer Verein den preußischen Staatsbahnen gelieferten Schienen durchschnittlich jährlich nur 0,721 Stück gebrochen und ersatzpflichtig gewesen sind. Hiernach seien die von diesen Werken gelieferten Schienen als gut zu bezeichnen. Mehrfache gegen die Staatseisenbahnen erhobene Beschuldigungen, als ob sie durch Verwendung angeblich minderwerthigen Materials eine Verminderung der Betriebssicherheit zugelassen hätte, entbehrt hiernach durchaus der Begründung.

* Jetzt muß auch die Wiener „Polit. Corresp." dazu dienen, den durch die Ernennung des Propstes von Stablewski zum Erzbischof von Posen inscenirten Umschwung der preußischen Regierungspolitik gegenüber den Polen erklärlich zu machen, was aber nicht recht gelingen will. Die gedachte Correspondenz läßt sich von ihrem officiösen Berliner Berichterstatter Folgendes schreiben:

Die Wiederbesetzung des Stuhls für die Erzdiöcese Posen-Gnesen durch Dr. von Stablewski wird in der Presse lebhaft erörtert, und es sind zahlreiche Kundgebungen, darunter auch gemäßigter, der Regierung keineswegs systematisch feindlich gesinnter Zeitungen zu verzeichnen, welche die Wahl eines Erzbischofs polnischen Ursprungs für eine bedenkliche halten und auf mancherlei Uebelstände als mögliche, sogar wahrscheinliche Folgen derselben hinweisen. Nach den Informationen Ihres Correspondenten dürfen für die Entschließung der Regierung in dem vorliegenden Falle die folgenden Motive maßgebend gewesen sein. Die letzten Erfahrungen in Bezug auf die Besetzung des erzbischöflichen Stuhls Posen-Gnesen haben gezeigt, daß die deutsche Abkunft des daselbst wirkenden Kirchenfürsten keine Garantie für die Ersprießlichkeit seiner Mission bietet. Gewisse Uebelstände, welche die Aufmerksamkeit der Regierung sowohl wie der deutschen Bevölkerung auf sich gezogen haben, sind unter der Verwaltung des Erzbischofs Dinder nicht allein nicht verschwunden, sondern im Gegentheil in unerfreulicher Schärfe zum Ausdruck gelangt. Bei aller Anerkennung der persönlichen Eigenschaften des verstorbenen Prälaten muß deshalb zugegeben werden, daß auch vom politischen Gesichtspuncte aus die Nothwendigkeit und Räthlichkeit der Besetzung des Erzbisthums mit einem Titular deutscher Abkunft durch die Resultate seiner Amtsführung nicht erwiesen worden ist. Die Regierung war deshalb vor die Frage gestellt, ob eine Wiederholung des gemachten Versuchs anzustreben sei, oder ob es sich nach diesen Erfahrungen nicht empfehlen dürfte, die Verwaltung der Erzdiöcese wiederum einem Prälaten polnischer Zunge anzuvertrauen, wobei selbstverständlich nur eine solche Persönlichkeit in Frage kommen konnte, welche nach ihrer Vergangenheit die Garantie bot, daß Agitationen in deutschfeindlichem Sinne keinerlei Unterstützung bei ihr finden würden. Nachdem die Zusammenkunft in Thorn gelehrt hatte, daß es auch unter den polnisch sprechenden Geistlichen preußischer Nationalität gut gesinnte Unterthanen Seiner Majestät des Königs giebt, durfte die Regierung mit Recht annehmen, daß, wenn einer der Redner, die sich dort in diesem Sinne ausgezeichnet hatten, die Eigenschaften in sich vereinigte, die ihn zur Bekleidung eines hohen kirchlichen Postens qualificirten, ein solcher am besten geeignet sein dürfte, in Posen-Gnesen in ersprießlicher Weise zu wirken, und zwar zunächst aus dem Grunde, weil er nicht fortwährend gegen das unüberwindliche Mißtrauen der polnischen Bevölkerung zu kämpfen haben und daher leichter sich dasjenige Maß von Autorität erwerben würde, welches für einen Kirchenfürsten keineswegs allein vom kirchlichen, sondern auch vom staatlichen Gesichtspuncte aus erwünscht ist. Als eine solche Persönlichkeit erscheint Dr. von Stablewski, und die Regierung giebt sich, nach Erwägungen ernstester Natur, der Hoffnung hin, daß dieser Prälat, in Uebereinstimmung mit seinen letzten Kundgebungen und mit der bemerkenswerthen Haltung, welche die polnische Presse seit Jahresfrist eingenommen hat, das Vertrauen rechtfertigen wird, welches die Krone Preußens ihm durch seine Wahl zum Erzbischof von Posen-Gnesen entwiesen hat.

* Das „Berliner Tageblatt" bemerkt zu der Ausweisung seines Berichterstatters aus Ostafrika Folgendes: Unser Specialberichterstatter Herr Eugen Wolf soll, wenn die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" recht unterrichtet ist, aus Deutsch-Ostafrika ausgewiesen werden; dem Gouverneur Freiherrn von Soden sei die Weisung zugegangen, Herrn Eugen Wolf das Betreten des deutschen Schutzgebiets zu verbieten. Wir nehmen von dieser seltsamen Ankündigung Notiz und behalten uns vor, auf diese Angelegenheit eingehend zurückzukommen. Sollte übrigens die Ausweisung unseres ostafrikanischen Specialberichterstatters thatsächlich beschlossen sein, so hat das Auswärtige Amt diesen Beschluß zu spät gefaßt; denn Herr Eugen Wolf befindet sich auf der Rückreise nach Deutschland und wird, wie wir annehmen, in 8—14 Tagen in Berlin ankommen.

* Der gegenwärtig bekanntlich in Wiesbaden weilende russische Ministerpräsident Giers ließ dem „Rheinischen Courier" die Erklärung zukommen, daß er keinen Mitarbeiter des „New-York Herald" empfangen habe, es sei deshalb die von diesem Blatte veröffentlichte Unterredung von Anfang bis Ende erfunden.

* * *

* Vom österreichischen Abgeordnetenhause ist das Recrutencontingent für 1892 genehmigt worden. Gegenüber den Ausführungen zweier jungczechischer Abgeordneten über angeblich schlechte Behandlung von Mannschaften in der österreichischen Armee hob der Landesvertheidigungsminister Graf Welzersheim hervor, in keinem Lande Europas sei die Behandlung der Mannschaften besser als in Oesterreich. Er müsse sich auf das Entschiedenste gegen jede Sonderung der Armee nach Nationalitäten aussprechen. Die österreichische Armee müsse eine gemeinschaftliche bleiben als Bollwerk des inneren Friedens. Die territoriale Eintheilung sei nach militairischen Gründen, nicht nach den politischen Landesgrenzen erfolgt.

* Das Pensionsgesuch des Präsidenten des obersten österreichischen Gerichtshofes, v. Schmerling, wurde vom Kaiser genehmigt. Derselbe erhält 20 000 fl. Pension, da er den Kaiser in einer Audienz gebeten hat, seine Bezüge nicht zu schmälern. In der heutigen Sitzung des Ministerraths wurde v. Stremayr zum Präsidenten, der Czeche Habietinek zum Vice-Präsidenten gewählt.

* Das Wiener „Fremdenblatt" bespricht in seinem Leitartikel das den Delegationen vorgelegte Kriegsbudget; die geforderten Ausgaben seien unabweislich.

* Gutem Vernehmen nach hat sich der französische Ministerrath gestern Vormittag mit der in nächster Zeit in Aussicht stehenden Interpellation über die politische Lage beschäftigt. Wie es heißt, werde bei dieser Gelegenheit das Cabinet eine klare und bündige Erklärung hinsichtlich der von ihm verfolgten Politik abgeben. In parlamentarischen Kreisen glaubt man, die Antwort der französischen Republik bezüglich des in Egypten entstandenen Conflicts werde erst in einiger Zeit erfolgen, da die amtlichen, die Angelegenheit betreffenden Actenstücke erst vor ganz kurzer Zeit dem Auswärtigen Amte zugestellt wurden.

* Die Ostseeprovinzen Rußlands bilden in letzter Zeit wieder den Gegenstand gehässiger Angriffe der „Moskauer Zeitung". Man schreibt darüber: „Der Anlaß der jüngsten Angriffe der genannten Zeitung war gegeben in der Körner-Feier, welche in Mitau und Libau festlich begangen worden ist. Die „Moskauer Zeitung" findet es höchst auffallend, daß in beiden Städten zwei lutherische Prediger die Veranstalter des Festes waren, in Mitau Pastor Sersemann, in Libau Pastor Kluge. Letzterer habe eine glänzende Rede gehalten zur Verherrlichung des „deutschen vaterlandsliebenden Dyrtäus" und dadurch eine große Verwirrung in den Köpfen seiner jugendlichen Zuhörer erzeugt, welche schließlich nicht gewußt hätten, ob Deutschland oder Rußland ihr Vaterland sei, namentlich da der Pastor auch von anderen deutschen Patrioten, wie Arndt, Max v. Schenkendorf ꝛc., gesprochen habe. Zum Schluß ihres Artikels wünscht die „Moskauer Zeitung" die Aufmerksamkeit der Regierung auf die in Riga, Reval und Dorpat bestehenden Jünglings-Vereine zu lenken, die staatsgefährlich (!) sein sollen, und in denen man horribile dictu! sogar die Frage der Mischehen discutirt habe."

* Der Petersburger Correspondent des „Standard" führt eine lange Reihe von Fällen an, in welchen die zur Linderung des Nothstandes unter der russischen Landbevölkerung gesammelten Gelder in unglaublicher Weise vergeudet worden sind. So legte die Bevölkerung des Dorfes Korteuka, in der Nähe von Odessa, das zum Ankauf von Lebensmitteln und Saatkorn empfangene Geld in Schnaps an und war 14 Tage hindurch ununterbrochen betrunken, bis auch der letzte Rubel aufgegeben war. Erst dann erstattete die Polizei von dem Bacchanal Bericht, ein Beweis, daß sie sich die seltene Gelegenheit ebenfalls weidlich zu Nutzen gemacht hatte. Nicht ein einziges Feld war bestellt worden und geerntet hatte allein der Besitzer der Schnapsschänke, die jetzt auf Befehl der Behörden geschlossen ist. Die Hungersnoth zeitigt indeß noch andere Uebelstände. Anfänglich starben die Bauern, in ihr Schicksal ergeben, ohne sich zu beklagen, und das ruhigere Element hält es auch jetzt noch so. Es giebt jedoch auch Unzufriedene, welche sich gegen ihr Geschick zur Wehre setzen und ihre Erbitterung theilt sich bereits der nächsten Schicht der russischen Gesellschaft mit, um immer weitere Kreise zu ergreifen. Wenn man heute schon den wirklich Hunger leidenden Theil der Bevölkerung auf 33 Millionen veranschlagt, so wirft sich die Frage auf, wie sich das Verhältniß nach zwei Wintermonaten stellen wird. Werden jetzt auch Vorkehrungen getroffen, um die verhungernde Landbevölkerung mit Lebensmitteln zu versehen, so hat man doch bisher die sanitäre Seite der Frage völlig außer Acht gelassen. Falls nicht umgehend Vorbeugungsmaßregeln getroffen werden, so dürfte der Ausbruch von Krankheiten und Epidemien unvermeidlich sein."

* Die Verwirrung in den dänischen Parteiverhältnissen ist augenblicklich sehr groß und somit kann es denn auch nicht Wunder nehmen, wenn die betreffenden telegraphischen Nachrichten gelegentlich ungenau oder doch in einer Mißverständnissen ausgesetzten Weise abgefaßt sind. Auch die dänische Volksthingssitzung vom 7. d. Mts. mit dem Berg'schen Mißtrauensvotum bekommt nach Lectüre der eben eingetroffenen Kopenhagener Blätter ein etwas anderes Gesicht, als man nach den Depeschen von jenem Tage annehmen mußte. Gegen den Antrag des „moderaten" Larsen auf eine Justizreform lagen von der „Linken" nur ein, sondern zwei Anträge vor, einer des früheren Volksthings-Präsidenten Berg auf eine an das Ministerium Estrup zu richtende Aufforderung zum Rücktritt, damit die sehr wünschenswerthe Justizreform von einer verfassungstreuen Regierung vollzogen werden könne, und ein Antrag Hörup auf den Uebergang zur Tagesordnung mit der Motivirung, daß die Annahme des Antrages Larsen den jetzigen Justizminister auf mehrere Jahre an sein Amt fesseln würde, was weder im Hinblick auf seine technische Wirksamkeit, noch auf seine Stellung zur Verfassungsfrage angezeigt sei. Nur der letztere Antrag gelangte zur Abstimmung, und zwar fiel er mit 61 gegen 23 Stimmen; außer der Rechten und den „Moderaten" stimmten auch einige Radicale gegen ihn, während sich die drei Socialdemokraten des Volksthings der Abstimmung enthielten. Der Antrag Berg sollte erst am 9. d. Mts. zur Berathung gelangen. Sachlich ist der ganze Kampf auf beiden Seiten ein Manöver im Hinblick auf die Neuwahlen, auf welche auch von verschiedenen Rednern verwiesen wurde; einerseits ist das Verlangen einer „Justizreform" bei einer Regierung komisch, welche nach eigenem Eingeständniß, wenn nicht gegen die, doch mindestens „außerhalb der Verfassung" regiert, andererseits ist die dänische Rechtsanwendung im höchsten Grade mangelhaft und veraltet; die betreffenden Reformforderungen gehen bis hinter das Jahr 1848 zurück; zuerst die „schleswigschen" Kämpfe und dann der Verfassungsstreit haben aber diese höchst nothwendige Reform noch immer zurückstehen lassen.

* Einem vom „Figaro" entsandten Interviewer hat der frühere Kaiser von Brasilien, Dom Pedro, über die dortigen Vorgänge angeblich folgende Bemerkungen gemacht: Sehnt man sich nach einer väterlichen Regierung? hat man drüben eingesehen, daß das neue Regiment nur durch eine Partei aufgedrängt war, die es in ihrem persönlichen Interesse ausnutzte? Triumphiren Dankbarkeit und Gerechtigkeit über Undankbarkeit und Ungerechtigkeit? Ich weiß es nicht. Ich weiß nur, was ich in den Zeitungen gelesen habe. Es heißt dort: Der Commandant Salbanha da Gama sei zum Dictator ernannt worden. Das würde bedeuten, daß die revolutionäre Regierung des Herrn Teodoro da Fonseca in einer Gegenrevolution verschwunden sei, einer Gegenrevolution, die zur Wiederherstellung des Kaiserreichs führen könne, falls Herr Salbanha da Gama geblieben ist, was er früher war, einer meiner ergebensten Freunde und vaterlandstreuesten Anhänger. Aber, was weiß ich, alles das sind Vermuthungen, Conjecturen und Geheimnisse! Nur eins ist mir erlaubt, Ihnen gegenüber auszusprechen, sagte der Kaiser mit traurigem Lächeln hinzu, daß ich nämlich in der Verbannung mein Volk mehr denn je liebe, und wenn es seinen alten Kaiser riefe, würde ich mein hohes Alter, meine Gebrechen und meine Trauer vergessen; sofort würde ich mich den Wechselfällen einer weiten Reise anvertrauen, um mich in die Mitte meiner Kinder zu begeben und um ihrem Wohl meine letzten Lebenskräfte zu widmen. Für mich würde es Lohn genug sein, wenn ich meinen letzten Schlaf in meinem heißgeliebten Vaterlande schlafen könnte.

Militairisches.

* Hinsichtlich eines neuen Rohres für das neue Feldartilleriematerial sind, wie der Münchner „Allgemeinen Zeitung" aus Berlin geschrieben wird, die Versuche nach Allem, was darüber verlautet, noch nicht zum vollen Abschluß gelangt, und die kürzlich aufgetretene Nachricht, daß der Spandauer Geschützgießerei und den Firmen Krupp und Gruson die Construction eines neuen Feldgeschützes, welches etwa dem im „Militair-Wochenblatt" besprochenen Feldgeschütz der Zukunft des Generals Tille entsprechen soll, aufgetragen sei, verdient allen Glauben. Somit erscheint das in der Tagespresse bereits erwähnte Bronzerohr mit Stahlseele, welches für die Feldartillerie in Aussicht genommen schien, noch nicht allen Anforderungen entsprochen zu haben. Dagegen bestätigt es sich, daß ein Einheitsgeschoß mit Metallpatrone für die Feldartillerie eingeführt werden soll. Es handelt sich bei demselben um die bereits jetzt im Gebrauch befindliche Sprenggranate, mit Rücksicht auf ihre Wirkung auch Brisanggranate genannt. Während heute die deutsche Feldartillerie nicht weniger als vier Geschoßarten führt: die Granate, die Sprenggranate, das Shrapnel und die Kartätsche, würde bei derselben künftig nur die Sprenggranate zur Verwendung gelangen und sollen daneben zwei an den Lafetten in Stichen mitgeführte Kartätschen beibehalten werden. Die zur Zeit bereits verwendete Sprenggranate kann vermöge ihrer veränderten Einrichtung als gewöhnliche Granate, die beim Aufschlagen crepirt, als Sprenggranate mit Streuung ihrer Sprengpartikel auch nach rückwärts (was bei den alten Granaten nicht möglich war), sowie zum Shrapnel aptirt als Shrapnel und endlich auf Null tempirt als Ersatz des Kartätschschusses, wenn auch nicht mit der vollen Wirkung desselben, verwendet werden. Dieser vier Schußarten aber bedarf die Feldartillerie, und zwar der Granate zum Einschießen und Ermitteln der Entfernung, sowie gegen widerstandsfähige Ziele, wie Mauern, Erddeckungen ꝛc., ferner gegen sich bewegende Ziele, der Sprenggranate besonders gegen Ziele hinter Deckungen, sowie tiefe Ziele, und der Kartätsche zur Abwehr gegen den Cavallerie-Angriff. Die Anzahl der Programmsätze,